

G U Y - P A S C A L D O R N E R

# Annaberg statt Risstal

**WARTHAUSEN.** Rückschlag für das geplante interkommunale Gewerbegebiet „IGI Rißtal“: Die Biberacher Unternehmensgruppe Handtmann baut künftig in Annaberg-Buchholz (Sachsen) Bauteile für Elektroautos – und nicht wie ursprünglich geplant in dem beantragten interkommunalen Gewerbegebiet „IGI Rißtal“. Damit gibt es keinen Zeitdruck mehr für die Realisierung des aus Naturschutzgründen keinesfalls unumstrittenen Gewerbegebietes mehr.

Ein internationaler Automobilkonzern hat den Bereich Handtmann Leichtmetallguss mit der Produktion von Batterie-Querträgern beauftragt. Die Laufzeit des Auftrags ist laut Pressemitteilung der Unternehmensgruppe Handtmann zunächst auf acht Jahre festgelegt. Der Umfang beläuft sich auf rund zwei Millionen Stück pro Jahr. Laut Michael Hagemann, Geschäftsführer Leichtmetallguss bei Handtmann, stellt dieser Auftrag den Einstieg in die Großserienherstellung für Bauteile der Elektromobilität dar. Produktionsbeginn für die Batterie-Querträger ist im April 2020. Bereits in der Verhandlungsphase gab es bei Handtmann Überlegungen, wo der neue Auftrag bearbeitet werden kann. Denn gegenüber dem Kunden mussten vor Vertragsabschluss Produktionsmöglichkeiten nachgewiesen werden. „Wir haben die Voraussetzungen an allen europäischen Standorten geprüft, auch in Biberach. Hier hätten wir zwar den Aluminiumguss durchführen können, aber für die anschließende mechanische Bearbeitung fehlen uns geeignete Flächen“, so Hagemann. Zudem habe sich die Zeitplanung für das „IGI Rißtal“ verzögert, dass dort bis April 2020 kein neues Gebäude

errichtet und vollständig ausgestattet werden könne. Produziert wird nun in Annaberg-Buchholz in Sachsen, wo das Unternehmen bereits eine Produktionsstätte hat.

Was bedeutet das für das „IGI Rißtal“, im Bereich des Rappenhofes in Warthausen ange-dacht? Die Idee zu diesem interkommunalen

Gewerbegebiet war durch die Expansionspläne der Unternehmensgruppe Handtmann überhaupt erst entstanden. Die beteiligten Kommunen Biberach, Maselheim, Schemmerhofen und Warthausen waren – trotz der Widerstände aus Reihen der Bevölkerung und der Naturschützer – bereit, Handtmann Expansionsflächen im Risstal bereitzustellen. Und nun?

Die Unternehmensgruppe Handtmann beteuert: Man verfolge die Planungen im zukünftigen Industriegebiet „Rißtal“ nördlich von Herrlishöfen weiter. „Durch den Bau der Halle in Annaberg haben wir für das ‚IGI Rißtal‘ kurzfristig keinen Zeitdruck mehr. Aber Handtmann ist dem Standort Biberach verbunden und deshalb nach wie vor an Vorratsflächen in der Nähe unserer Biberacher Werke interessiert“, betont Hagemann.

*Nach Handtmanns Rückzug wird das Risstal am geplanten Standort bei Herrlishöfen, Gemeinde Warthausen, vorerst weiter grün bleiben. Die Anrainer, die in einer Bürgerinitiative gegen das Projekt kämpfen, möchten, dass dies auch zukünftig so bleibt.*

Foto: Reck



## Landkreis: Wer mit wem wohin?

**NEU-ULM.** Die Bürgerinitiative (BI) „Landkreis? Ja bitte!“ und die Fraktionen von CSU, SPD, FWG und Grüne im Neu-Ulmer Kreistag haben gemeinsam eine Petition an den Bayerischen Landtag gerichtet, mit dem Ziel, den Landkreis Neu-Ulm in seiner jetzigen Form zu erhalten – und damit die von der Stadt Neu-Ulm angestrebte Kreisfreiheit (NUXIT) zu verhindern. Mit der Petition soll erreicht werden, dass die Bürger aus dem gesamten Landkreis Neu-Ulm – und nicht nur die Neu-Ulmer alleine – via Unterschrift ihre Meinung zum NUXIT kundtun können.

Die Initiatoren des vom Neu-Ulmer Stadtrat abgeschmettert Bürgerbegehrens „NUXIT – So geht's net“ und die von Bürgern aus dem Landkreis Neu-Ulm getragene „Charmeoffensive Nur gemeinsam“ haben sich inzwischen zusammengetan zur Bürgerinitiative „Landkreis? Ja bitte!“ Diese Bürgerinitiative hat nun zusam-

men mit den Kreistagsfraktionen von CSU, SPD, FWG und Grüne eine Petition an den Bayerischen Landtag auf den Weg gebracht. „Neu-Ulm bleibt im Kreis? Ja bitte!“ heißt das Papier, das in Schwaighofen unter „wohlwollender Moderation“ von Neu-Ulms Landrat Thorsten Freudenberger (CSU) verabschiedet wurde. Man glaubt, dass der Erhalt des Landkreises die besten Chancen hat, wenn man gemeinsam an einem Strick zieht. Bislang waren die Bürger des Landkreises Neu-Ulm – außerhalb der Stadt Neu-Ulm – nur Zaungäste. Daran ändert die nun auf den Weg gebrachte Petition freilich nur symbolisch etwas. Weder die Bürger, noch der Kreistag haben in Sachen „Kreisfreiheit“ zu entscheiden. Das letzte Wort haben die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag. Dennoch wollen die Bürgerinitiative und die Kreistagsfraktionen Unterschriften sammeln gegen den NUXIT. Jedoch herrscht innerhalb der Kreistagsfraktionen keinesfalls eine einstimmige Anti-NUXIT-Stimmung; vielmehr sind die Fraktionen intern in zwei Lager zerrissen. Am 19. Oktober wird der Kreistag über seine Haltung zum NUXIT debattieren; nichtsdestotrotz zeichnet sich eine knappe Mehrheit gegen die Kreisfreiheit ab. Das Thema spaltet: Derweil zum Beispiel der SPD-Stadtverband Neu-Ulm die Anti-NUXIT-Petition unterstützt, will die SPD-Stadtratsfraktion Neu-Ulm die Kreisfreiheit, so wie auch sämtliche Neu-Ulmer CSU-Kreisräte. (gpd)



G U Y - P A S C A L D O R N E R

# Herbstzeit ist Wahlzeit

**BLIX-Land. Herbstzeit ist auch Wahlzeit. Ohne Gegenkandidaten wurde der Ehinger Oberbürgermeister Alexander Baumann mit großer Zustimmung (98,6 Prozent), aber bei einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung (26,4) für seine dritte Amtszeit bestätigt. Auch andernorts warten Rathäuser auf ihre Neubesetzung oder ihren Wiederbezug.**

Zum zweiten Mal wiedergewählt wurde auch Meßkirchs Bürgermeister Arne Zwick. Er hatte eine Herausforderin: Die 40-jährige Anna Cisek aus Mössingen, sie ist Wirtschaftsfachwirtin sowie Sport- und Gymnastiklehrerin, ohne kommunalpolitische Erfahrung, trat zum ersten Mal für ein politisches Amt an. Sie erhielt beachtliche 29,4 Prozent, Zwick erhielt mit 70,1 Prozent einen Dämpfer (bei seiner ersten Wiederwahl hatte er 95 Prozent), bei einer Wahlbeteiligung von 46 Prozent. Und auch in Amtzell setzte sich Amtsinhaber Clemens Moll gegen Dipl.-Ökonom Stephan Zein (parteilos, aber nach eigenen Angaben AfD-nah) aus Friedrichshafen durch. Zein erreichte 5,4 Prozent; Moll bei 51,8 Prozent Wahlbeteiligung 93,0 Prozent.

*Clemens Moll, Amtzell*



Doch auch im Oktober wird im BLIX-Land gewählt. Bereits am 7. Oktober muss sich in der Stadt Erbach Amtsinhaber Achim Gaus (46) einem politischen Newcomer als Herausforderer stellen: dem 48-jährigen Speditionskaufmann Wolfgang Schrade.

Ebenfalls an diesem Tag wählen die Unlinger ihren neuen Bürgermeister. Da Amtsinhaber Richard Mück aus Altersgründen nicht mehr antritt, sah es lange Zeit so aus, als ob es gar keine Bewerber für dieses Amt gibt. Kurz vor Bewerbungsschluss haben sich dann jedoch zwei Verwaltungsfachleute – Erwin Hölz aus Dürmentingen, Jahrgang 1963, Diplomverwaltungswirt und ehrenamtlicher Bürgermeister in Kanzach, zum anderen die Stadtamtfrau Tanja Ewert aus

*Alexander Baumann, Ehingen*



Zweibrücken, Jahrgang 1971, Betriebswirtin und Diplomverwaltungswirtin – und noch sechs weitere Kandidaten beworben. Auch die Mittelbiberacher haben bei der Bürgermeisterwahl am 14. Oktober tatsächlich die Wahl zwischen zwei Fachleuten; es bewerben sich der 35-jährige Verwaltungswirt Florian Hänle und der 33-jährige Kämmerer Matthias Weber.

Beinahe eine Wahl gehabt hätten auch die Warthausener, die ebenfalls am 14. Oktober zur Wahlurne schreiten. Bürgermeister Wolfgang Jautz tritt wieder an; sein Herausforderer Roland Grootherder (48) hatte seine Kandidatur überraschend zurückgezogen, weil er nicht derjenige sein wolle, der als möglicher Nachfolger Jautz' als Vorsitzender des geplanten Industriegebiets im Ristal „den Spatenstich machen muss“, erklärte er seine Entscheidung. Grootherders Rückzug erfolgte vor der Ankündigung der Firma Handtmann, statt im Ristal künftig in Annaberg-Buchholz in Sachsen Bauteile für Elektroautos zu produzieren (siehe diese BLIX-Ausgabe).

*Arne Zwick, Meßkirch*



## FRAUEN FÜR DIE POLITIK

### Einmischen erwünscht



LEUTKIRCH/WANGEN. Zu zwei Veranstaltungen im Allgäu lädt die Initiative „BoRa – Frauen für die Politik“ ein. Zum einen gibt es am Dienstag, 9. Oktober, um 19 Uhr im Leutkircher Rathaus einen Impulsvortrag von Christine Abele-Aicher mit dem Titel „Einmischen erwünscht – Inge Aicher-Scholl: Mitwirken mit Wirkung“. Am Donnerstag, 25. Oktober, um 19 Uhr findet die nächste BoRa-Veranstaltung im Weberzunftthaus in Wangen statt. Unter dem Titel „Starke Frauen – starke

Region“ moderiert die Schauspielerin Jutta Klawuhn eine Talkrunde mit engagierten Frauen aus der Landes- und Kommunalpolitik und Institutionen. Zum Einstieg gibt es einen Impulsvortrag von Dorothea Maisch (Foto), Trainerin und zertifizierter Business- und Privatcoach mit dem Titel „Politik kann MANN – FRAUEN können es auch – Vereinbarkeit Familie/Beruf/Ehrenamt“.

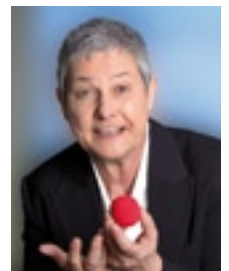
## FRAUENWIRTSCHAFTSTAGE

### Digitalisierung – Fluch oder Segen

FRIEDRICHSHAFEN. Die FrauenWirtschaftstage in der Region Bodensee-Oberschwaben finden in diesem Jahr vom 17. bis 20. Oktober statt. In zahlreichen Vorträgen, Workshops und Seminaren geht es um Themen wie Existenzgründung und Wiedereinstieg, Firmenbesichtigungen speziell für Frauen, Karrierechancen in der digitalen Arbeitswelt, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Persönlichkeitsentwicklung und Soziale Medien. Zum Auftakt geht Dagmar Schwarz (Foto) am 17.

Oktober um 17.30 Uhr im Kiesel-Medienhaus am See in Friedrichshafen der Frage nach: „Digitalisierung – Fluch oder Segen“? Das Programm wurde von der Kontaktstelle Frau und Beruf Ravensburg-Bodensee-Oberschwaben organisiert.

Weitere Infos: Kontaktstelle Frau und Beruf, Tel. 0751/35906-63, E-Mail [info@frauundberuf-rv.de](mailto:info@frauundberuf-rv.de), [www.frauundberuf-rv.de](http://www.frauundberuf-rv.de).



G U Y - P A S C A L D O R N E R

# „Rechte Szene nie verschwunden“

RAVENSBURG. „Radikalisierungsprozesse haben mehrere Ursachen“, so Stefanie Kruse vom Demokratiezentrum Oberschwaben. Dieses ist beim Kreisjugendring Ravensburg angesiedelt und leistet Beratungs-, Vernetzungs- und Präventionsarbeit zu den Themen „Rechtsextremismus“ und „religiös begründeter Extremismus“ in den beiden Landkreisen Biberach und Ravensburg. Unter dem Eindruck der rechtsextremen Aufmärsche in Chemnitz und Köthen, bezieht sich Kruse im BLIX-Gespräch auf unsere Region.

*Frau Kruse, bezogen auf Chemnitz und Köthen mag man ja vielleicht glauben, dass hohe Arbeitslosigkeit und damit verbundene Perspektivlosigkeit die Menschen rechtsextrem denken lässt. Aber Fremdenfeindlichkeit und Neonazis gibt es hierzulande, bei Vollbeschäftigung und relativem Wohlstand, genauso. Wie erklären Sie sich das?*

Rechte Gesinnung ist mir in meiner 20-jährigen Tätigkeit im Bereich Jugendarbeit/Schulsozialarbeit immer wieder begegnet, ob bei den jungen Menschen oder den Eltern. Ich habe nie das Empfinden gehabt, dass die rechte Szene verschwunden war. Momentan ist die ‚gefühlte Unsicherheit‘ der Bevölkerung ein idealer Nährboden für Populismus und Hetze gegen andere Menschengruppen. Von Sebastian Lipp (antifaschistischer Blog „Allgäu rechtsaußen“, Anm. d.Red.) weiß ich, dass speziell im württembergischen Allgäu und im Raum Memmingen die ‚Voice of Anger‘ mittels Konzerten desorientierte Jugendliche für die rechtsextreme Szene zu ködern versuchen. Aus meiner Arbeit kann ich berichten, dass die Zahl von rechtsextremen Farbschmierereien massiv zugenommen hat. Radikalisierungsprozesse haben mehrere Ursachen. Unter anderem ist hier

das Gefühl von Bedrohung, Angst, Unzufriedenheit und des Nicht-Gehört-Werdens zu nennen. Eine Gruppenbildung im Sinne von ‚wir hier – die dort‘ verstärkt dieses Gefühl.

*Welchen Anteil trägt die deutsche Flüchtlingspolitik seit 2015 bis heute an der gegenwärtigen latenten Fremdenfeindlichkeit bzw. am gegenwärtigen Rechtsextremismus?*

Leider hat die Politik in meinen Augen einiges dazu beigetragen, dass sich Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus durch Vorfälle wie zum Beispiel in Chemnitz und Köthen äußern. Bundeskanzlerin Angela Merkels Satz ‚Wir schaffen das!‘ umfasst nicht die ganze Bandbreite an Problemen, neuen Situationen und Konfrontationen, die sich durch die Aufnahme einer großen Anzahl von Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund im öffentlichen Leben Tag für Tag abspielen. Ein Beispiel: Eine kleine Schule im ländlichen Raum mit 250 Schülern hatte rund 30 Flüchtlingskinder im Alter von sieben bis 17 Jahren aufgenommen. Das Lehrerkollegium war zunächst enthusiastisch im Sinne von ‚Wir schaffen das!‘ Schnell ging der Enthusiasmus verloren. Da gibt es schwer traumatisierte Kinder, die dringend



Stefanie Kruse vom Demokratiezentrum: „Blo-Be Symboldebatten der Politik bringen nichts.“

fachliche Hilfe benötigen. Auch kranke Kinder. Die Jungs lassen den Respekt vor dem meist weiblichen Bildungspersonal vermissen. Die Toiletten benutzen sie nicht bzw. anders, als wir dies tun. Sie kommen an manchen Tagen nicht pünktlich oder gar nicht zur Schule, weil sie die Schulpflicht nicht kennen. Syrische Kinder möchten nicht neben afghanischen Kindern sitzen. Die Eltern verstehen das Schulsystem nicht oder nur kaum. Dabei ist die Tatsache, dass alle kein Deutsch sprechen, nur ein Problem unter vielen. Wie diese Menschen in unser Schulsystem eingliedern? Hier fühlen sich die Menschen allein gelassen von der Politik. Dies nur als ein Beispiel, welche Probleme sich in der Praxis ergeben, ohne rechter Gesinnung zu sein. Die gewohnte Ordnung kommt durcheinander, das macht Menschen Angst. Vielerorts haben Menschen mit sehr viel Energie daran gearbeitet,

► Fortsetzung nächste Seite

  
ERWIN HYMER CENTER  
Bad Waldsee

Ha so ebbes\*



\* Na so was: Hier gibt's ja alles!

Entdecken Sie den umfassenden Service der größten ganzjährigen Ausstellung von Wohnwagen und Reisemobilen in der Region:

- breite Auswahl an Neu- und Gebrauchtfahrzeugen
- rent-easy-Vermietflotte
- größte ERIBA Touring-Erlebniswelt in Oberschwaben
- Wohnmobil-Waschanlage

ERWIN HYMER CENTER Bad Waldsee GmbH  
Biberacher Straße 92 - 88339 Bad Waldsee - Telefon: 07524/999-106  
kontakt@hymer-waldsee.de - www.hymer-waldsee.de

Probleme zu lösen, damit ein ‚Zusammen‘ und nicht ein ‚Gegeneinander‘ entsteht, und es gibt hierbei laut Integrationsbarometer auch Erfolge zu verzeichnen.

*Derweil Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) die Migration als „Mutter aller Probleme“ bezeichnet, aus Angst vor einer siegestrunkenen AfD bei der bayerischen Landtagswahl, sieht Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl dagegen bei der AfD rechtsextremistische Tendenzen und erwägt, sie vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Welchen Anteil hat der angstgesteuerte Aktionismus der ‚etablierten Parteien‘ vor einer (über-)starken AfD am Erlühen der Fremdenfeindlichkeit und auch des Rechtsextremismus?‘*

Laut Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration ist die Stimmung der Deutschen Fremden gegenüber zwar nicht mehr ganz so gut wie vor Beginn der Flüchtlingskrise 2015, aber sie habe sich deutlich weniger verschlechtert, als die öffentliche Debatte erwarten ließ. Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident, hat in seiner jüngsten Bundestagsrede vermerkt, dass die Ängste der Bürger ernst genommen werden müssen und dass die Probleme nicht unter den Tisch gekehrt werden dürfen. Dies lässt mich hoffen, dass auch bei der Politik angekommen ist, dass bloße Symboldebatten, Populismus und inhaltsleere Phrasen keine Antworten auf die Probleme unserer Gesellschaft bringen.

*Sie arbeiten ja vorwiegend präventiv. Was braucht es, um erfolgreich präventiv gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wirken zu können?*

Wir sind mit einer Vielzahl an Veranstaltungen zu Themen der Demokratie-Bildung und Extremismus-Prävention in den beiden Landkreisen Biberach und Ravensburg und zusammen mit Kooperationspartnern aus den verschiedensten Bereichen (Vereine, Schulen, Bildungseinrichtungen, Fachkräften, Bürgern, Vertretern der jungen Parteien, etc.) sehr erfolgreich. Das Interesse an unserem Angebot und unserer Institution ist sehr groß. Ein Beispiel für gelungene Integrationsarbeit: die interkulturelle Straßenfußball-Liga Oberschwaben: buntkicktgut. Hierbei wird deutlich: Ressentiments und Vorteile gibt es bei Deutschen wie bei den Migranten. Die schenken

sich da nichts. Aber durch die gemeinsame Freude am Fußballspielen lassen sich die Ressentiments und Vorteile überwinden und aus Fremden werden Freunde. Was leider bleibt, ist dass durch die syrischen Migrantenkinder der Ausdruck ‚Du Jude!‘ auf unseren Schulhöfen wieder gang und gäbe geworden ist, gleichbedeutend mit ‚Du A...‘ – auch bei den deutschen Schulkindern.

*Sie bieten Opfern von rechter Gewalt Ihre Hilfe an. Wie sieht diese konkret aus?*

Ans Demokratiezentrum Oberschwaben angebunden ist das Beratungsnetzwerk ‚kompetent vor Ort. Beratungsnetzwerk für Demokratie – gegen Rechtsextremismus‘. In diesem Beratungsnetzwerk sind auch einige ausgebildete Beraterinnen und Berater für die beiden Landkreise Biberach und Ravensburg. Diese können bei rechtsextremen Vorfällen an Schulen, in Vereinen, in Kommunen beratend eingeschaltet werden, beispielsweise bei rechtsextremen Schmierereien an Schulen, bei fremdenfeindlichen Sprüchen und Hetze im Verein, bei Konzerten mit rechter Gesinnung, etc. Eine Opferberatung im eigentlichen Sinne bietet das Demokratiezentrum jedoch nicht an. Hier verweisen wir an die Beratungsstelle ‚Leuchtlinie‘, die Beratung für Betroffene von rechter Gewalt anbietet.

*Was wünschen Sie sich von der hiesigen Politik, von den hiesigen Landkreisen und Kommunen, von den Menschen in unserer Region – wie kann man der Fremdenfeindlichkeit und einer wachsenden Neonazi-Szene entgegenzutreten?*

Mein Wunsch an die hiesige Politik ist es, den Menschen im Land Gehör zu verschaffen, ihre Ängste und Befürchtungen ernst zu nehmen, die Begegnung mit den Menschen nicht zu scheuen sowie sich nicht hinter Symboldebatten, Populismus und Phrasen zu verstecken. Sie sollte zudem den Mut haben, Probleme anzusprechen, ohne gleich auf die nächsten Wahlen zu schießen. Probleme anzusprechen beinhaltet nicht, sogleich eine Lösung parat zu haben. Diese kann man auch erst in einer offenen, vielfältigen Gesellschaft, die lernen muss, Konflikte auszutragen, erarbeiten. Die Menschen hierzulande, wie ich sie bislang auf unseren Veranstaltungen erlebt habe, sind bereit, Zeichen für die Demokratie zu setzen, gemeinsam ins Gespräch zu gehen und sich miteinander auseinander zu setzen.

## HINTERGRUND

### Rechtsextremismus in der Region

Es ist zu einfach, nur nach Sachsen zu schauen. Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremes Gedankengut gibt es auch hierzulande. So beobachtet der Bayerische Verfassungsschutz vier Allgäuer Bands aus der rechtsradikalen Szene.

Rechtsrockkonzerte finden auch im württembergischen Allgäu statt, unlängst in Aichstetten. Für Beobachter wie Journalist Sebastian Lipp vom antifaschistischen Blog „Allgäu rechtsaußen“ ist das Allgäu inzwischen ein „Schwerpunkt der rechtsextremen Szene“. In Seibranz haben Anhänger der rechten Skinhead-Kameradschaft „Voice of Anger“ (Organisatoren des oben erwähnten Konzerts in Aichstetten) ein Anwesen gekauft. Doch nicht nur im Allgäu „erblüht“ der Rechtsextremismus: Unlängst prangten Hakenkreuze an Kirchenbänken im nördlichen Seitenschiff des Ulmer Münsters.

Eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke im Bundestag zu den „Protesten gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte im zweiten Quartal 2018“ ergab, dass Bad Buchau häufig in dieser Statistik auftaucht. Auch Memmingen wird mehrfach genannt. Die Polizei in Brandenburg hat Ermittlungen gegen eine AfD-Besuchergruppe vom Bodensee aufgenommen, die auf Einladung der AfD-Bundestagsfraktionschefin MdB Alice Weidel (Wahlkreis Bodensee) in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen in Brandenburg mit rechter Hetze provoziert haben sollen. Die Fahrt der Besucher aus dem Wahlkreis Bodensee war vom Bundespresseamt finanziert worden. Weidel selbst war nicht dabei.



Bleibt noch zu erwähnen, dass es unlängst in Bad Wurzach eine öffentliche Veranstaltung auf Einladung der Stadt zum Thema „Rechtsextremismus in der Region“ gegeben hat, und dass zu diesem Thema in absehbarer Zeit weitere gemeinsame Veranstaltungen von Bad Wurzach, Leutkirch und Memmingen geplant sind. (gpd)

roland Voltenauer  
SteuerBerater

Wir steuern Ihre Steuern.  
Für Sie privat oder für Ihr Unternehmen.

Roland Voltenauer, Dipl. Finanzwirt (FfH)  
Kolpingstraße 5 · 88400 Biberach · Fon 07351 180146-0  
Höhenweg 1 · 88456 Ingoldingen · Fon 07355 918229